

Leserbrief Communiqué Nein zum Abbau!

«Im Moment kann es einem schwindlig werden», sagt Marco Medici. «Wie viele Milliarden Steuerersparnis soll man der Wirtschaft mit der Unternehmenssteuerreform III in den Rachen werfen? Sind es drei Milliarden, vier oder gar fünf? Bund, Kantone und Gemeinden werden happige Einbussen zu beklagen haben. In der Stadt Zürich spricht man von 300 Millionen!»

Geht es nach dem Bundesrat, sollen die BezügerInnen der Zusatzleistungen auf annähernd eine halbe Milliarde Franken pro Jahr verzichten. Medicis Fazit: «Die einen – die Firmen – sollen also weniger zahlen; die anderen – die Abhängigen von Ergänzungsleistungen – weniger erhalten!»

Angesichts der Abbaupläne, die die rechtsbürgerliche Parlamentsmehrheit bei der Reform der *AHV*, *der IV-Revision und nun auch bei der Reform der EL im Sinn hat*, könnte glatt vergessen gehen, dass *AHV und IV* gemäss Verfassung gewährleisten müssen, dass auch Menschen, die aufgrund einer Beeinträchtigung oder altersbedingt Anspruch auf eine Rente haben.

Falscher Anreiz?

Der Bundesrat betont, das System der EL «optimieren und von falschen Anreizen befreien» zu wollen.

Dieser Schulterschluss von vielen politisch unterschiedlich gefärbten Organisationen ist erfreulich», sagt

Bauernverband, gegen den Abbau

Gesundheitskosten minimieren

Zur Abstimmungsvorlage
«Prämienverbilligung»

Ursprünglich aus CVP-Kreisen stammend, nun aber nicht überraschend von den Wendehälsen bekämpft, verdient die Abstimmungsvorlage zur Prämienverbilligung ein klares Ja. Es geht konkret um zwei Aspekte: Erstens sollen die Empfänger der Vergünstigung – falls nicht schon geschehen – zu einer der günstigeren Kassen wechseln, welche notabene das identische Produkt anbieten. Zweitens soll niemand mehr Steuergelder ausbezahlt erhalten, als die Krankenkassenprämie auch effektiv

kostet. Das Letztere sollte eigentlich selbstverständlich sein; Ersteres darf man jedem zumuten, zumal null Leistungsreduktion damit verbunden ist. Gewinner sind alle Steuerzahler und nicht nur diejenigen, die ihre Prämie selber berappen müssen. Es wäre auch eine äusserst seltene Gelegenheit, die Gesundheitskosten zu minimieren. Kein bisheriger Empfänger der Prämienverbilligung erhält weniger Gesundheitsleistungen als heute. Wir empfehlen ein klares Ja einzulegen.

**Roland Lutz, Präsident SVP Kanton Schwyz,
Einsiedeln**